

Aus der Vorstandssitzung

11. 10. 2001

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten sowie der Protokollbestätigung und der Beschlusskontrolle aus der letzten Vorstandssitzung folgte zunächst die Diskussion zum Tagesordnungspunkt Stand, Probleme und Gedanken zur gesundheits-, sozial- und berufspolitischen Lage.

■ Der Runde Tisch, angesiedelt beim Bundesgesundheitsministerium, hat mit folgenden Themen seine Arbeit aufgenommen:

- Modernisierung der Arznei- und Heilmittelversorgung,
- Strategien zum Ausbau sektorübergreifender Versorgungsformen,
- Weiterentwicklung der Qualität der Gesundheitsversorgung unter Nutzung evidenzbasierter Leitlinien,
- Stärkung der Prävention,
- Zukunft der ambulanten Versorgung.

■ Die von der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt geplante Aut-idem-Regelung bei der Medikamentenversorgung, mit der bis zu 500 Mill. DM Einsparung erreicht werden sollen, wird heftig kritisiert und abgelehnt. Sie ist praxisfern, teuer, gefährlich und begrenzt die Therapiehoheit der Ärzte.

■ Im Rahmen der Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung wird eine neue Rollenverteilung zwischen dem herkömmlichen Hausarzt und Internist diskutiert. Den bisherigen Allgemeinmediziner wird es möglicherweise nicht mehr so geben. Internisten werden dann nur noch auf Spezialgebieten tätig sein.

■ Das Fortbildungsdiplom wurde bundesweit vereinheitlicht und kann mit einer Gesamtpunktzahl von 150 Fortbildungspunkten innerhalb von drei Jahren erwor-

ben werden. Die Bepunktung der Einzelveranstaltungen erfolgt auf Landesebene.

■ Von der Bundesärztekammer wurde eine Fortbildungsdatenbank eingerichtet, die im Internet abrufbar ist.

■ In den neuen Bundesländern ist die Anhebung der GOÄ auf 90 % ab Januar 2002 realistisch.

■ Dr. Kirsch berichtete über eine Veranstaltung anlässlich des 10-jährigen Bestehens privater Krankenanstalten in Sachsen. Er hob hervor, dass Sachsen bundesweit den höchsten Anteil an privaten Krankenhäusern hat. Die Krankenhausplanung in Sachsen wurde als gut eingeschätzt.

Frau Dr. Trübsbach berichtete im nächsten Tagesordnungspunkt über die 14. Beratung des Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen. Diskussionspunkte waren hier die Positionspapiere der großen Parteien zur Gesundheitspolitik. Über Probleme des Arzneimittelbudgets sowie das Arzneimittelbudgetablösesgesetz referierte Herr Dr. med. habil. Hans-Jürgen Hommel, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen.

Als Voraussetzung für eine Diskussionsrunde mit Politikern auf Landesebene wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Fragenkataloges zu gesundheitspolitischen Problemen gebildet.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung berichtete Herr Dr. Windau über den Gesetzentwurf von SPD und Grünen zu Disease-Management-Programmen. Es soll hierdurch ein Finanzausgleich der Krankenkassen unter Beachtung der medizinischen Risiken erfolgen. Disease-Management-Programme sind aber nur Geldbeschaffungsmaßnahmen der Krankenkassen. Sie dienen vorgeblich der

optimierten Versorgung chronisch Kranker, in Wahrheit sind sie aber dazu gedacht, das Behandlungsmonopol der Ärzte abzuschaffen, da weder Kassenärztliche Bundesvereinigung noch Bundesärztekammer Vertragspartner sind. Diese können nur noch beratend tätig werden. Die Qualitätssicherung ist bei diesen von den Krankenkassen erstellten Programmen nicht mehr gewährleistet.

Im Anschluss berichtete Herr Dr. Marx über den Lebensverlängerungsprozess in Deutschland. Dieser ist mit weitreichenden medizinischen Implikationen verbunden und führt sowohl zu einem Strukturwandel in der Medizin als auch in den Versorgungsaufgaben, wie Rehabilitation und Pflege. Der Lebensverlängerungsprozess erhöht zwar das Lebenspotential, aber nicht das Arbeitspotential.

Finanzen: Der Vorstand befasste sich mit der Haushaltsinanspruchnahme per 31.8. 2001. Insgesamt konnte vom kaufmännischen Geschäftsbereich ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden, so dass die Einhaltung des Haushaltsplanes gewährleistet sein wird.

Berufsrecht: Erfreulicherweise konnte ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen ein Kammermitglied wegen einer unterbliebenen ordnungsgemäßen Anmeldung bei der Sächsischen Landesärztekammer durch Vorlage der beglaubigten Berufsurkunden eingestellt werden.

Durch den ärztlichen Geschäftsbereich eingebrachte Vorschläge für die Besetzung in verschiedenen Prüfungskommissionen der Sächsischen Landesärztekammer sowie der Widerspruchskommission konnten vom Vorstand einstimmig angenommen werden.

Dr. med. Claus Vogel
Vorstandsmitglied